

Den Orwell-Staat stoppen – Nein zu Online-Überwachung und Rundum-Kontrolle

Aktuelle Debatte, Antrag der Fraktion NPD
gehalten im 77. Plenum am 10. Mai 2007

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

217.186.120.13 – so lautete die IP-Adresse des damaligen NPD-Landtagsabgeordneten Matthias Paul. Am 23. August 2005 um 20:29 Uhr klickte Paul laut dem Magazin „Focus“ unter dieser IP-Adresse auf einen Link mit kinderpornographischem Inhalt.

Mit diesem Klick geriet der damalige NPD-Pressesprecher ins Visier des LKA Brandenburg. Die Online-Überwachung eines Filesharing-Programms hat hier also zu strafrechtlichen Ermittlungen gegen Matthias Paul geführt.

Auch aus dieser Sicht – meine Damen und Herren von NPD – scheint es verständlich, dass Sie sich wiederholt als Kämpfer gegen sogenannte Überwachung darstellen. Man will halt nicht gern bei seinem Treiben beobachtet werden.

Deshalb wettern Sie gegen den Verfassungsschutz – weil er Ihre extremistischen Bestrebungen offen legt.

Deshalb wettern Sie gegen Online-Recherche und Strafverfolgung – weil auch die angeblichen Saubermänner aus den eigenen Reihen überführt werden.

Wahrscheinlich werden Sie demnächst auch noch die Finanzbehörden angreifen. Diese treiben ja jetzt per Gehaltspfändung die Steuerschulden ihres Neulings Peter Klose ein. Über Jahre aufgelaufene Hundesteuer für Schäferhund Adolf – da kommt eine ganze Menge zusammen.

Meine Damen und Herren,

dass ausgerechnet die NPD eine Debatte zur Online-Überwachung initiiert, ist an sich schon verwunderlich genug. Dass sie dabei auch noch den Namen George Orwells missbraucht, ist geradezu absurd.

Der Schriftsteller George Orwell hat sich zeitlebens in seinen Werken gegen den Totalitarismus gewandt.

Totalitarismus, wie er uns aus den zwei deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts nur allzu bekannt ist. Gerade für die NPD mit ihrer Begeisterung für das Dritte Reich und dessen Führerstaat ist Orwell als Kronzeuge daher denkbar ungeeignet.

Ein totalitärer Überwachungsstaat – wie ihn Orwell in seinem Werk „1984“ beschrieb – zeichnet sich dadurch aus, dass eine massive Überwachung und Verfolgung politischer Gegner stattfindet.

In dieser Ausprägung sind Gestapo und Stasi die zwei berüchtigtsten Überwachungs- und Repressionsapparate der beiden deutschen Diktaturen.

Wenn wir heute über Überwachung diskutieren, geht es aber nicht um die Verfolgung und Bespitzelung Andersdenkender, wie der Titel dieser Debatte suggerieren soll.

Es geht vielmehr darum, angemessene Mittel im Kampf gegen organisierte Kriminalität und gegen Terrorismus zu finden. Dabei – und das ist und bleibt wichtigster Maßstab – sind stets die Anforderungen und Grenzen des Grundgesetzes zu wahren.

Wie notwendig und richtig der Einsatz moderner Überwachungsmaßnahmen ist, zeigt zum Beispiel der vereitelte Anschlag auf den Neubau der Münchener Synagoge durch Rechtsextremisten im Jahre 2003. Ohne eine Telefonüberwachung der Täter hätte deren feige Tat schwerlich verhindert werden können.

Meine Damen und Herren,

angesichts der fortschreitenden Nutzung des Internets durch Kriminelle und angesichts neuer Formen der Verbrechensbegehung sind auch neue Wege in der Bekämpfung und Verfolgung schwerster Straftaten notwendig. Der Rechtsstaat muss immer wieder Antworten finden, um der Kriminalität Einhalt zu gebieten.

Notwendig ist dabei immer eine Debatte, was geht und was nicht. Diese Debatte müssen wir immer wieder und gern auch kontrovers führen. Das war in den 90er Jahren bei der Einführung des „Großen Lauschangriffs“ so. Dies ist auch heute bei der Frage der Zulässigkeit von Online-Überwachung der Fall.

Aber, meine Damen und Herren, die NPD ist der denkbar schlechteste Ratgeber in einer solchen Debatte.

Mit einem Überwachungsstaat – wie es der heutige Titel suggerieren soll – hat dies nämlich überhaupt nichts zu tun.

Vielen Dank!